

COMMERZ-UND CREDIT-BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

FRANKFURT A.M.

FRÖHER

COMMERZBANK

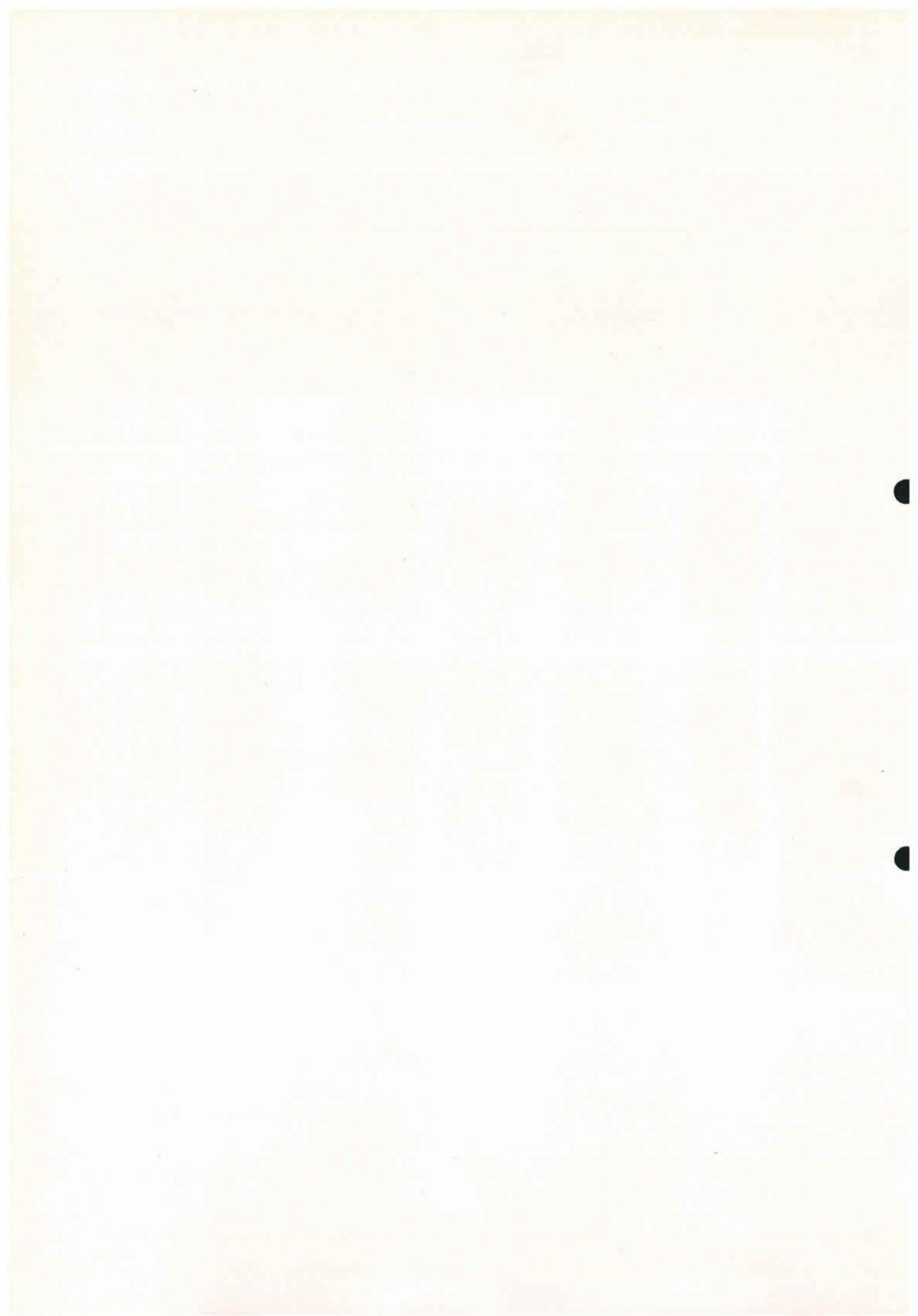
GEGR. 1870

GESCHÄFTSBERICHT

1952



HAUPTVERWALTUNGSGEBÄUDE IN FRANKFURT AM MAIN



COMMERZ-UND CREDIT-BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

FRANKFURT A.M.

FRÜHER

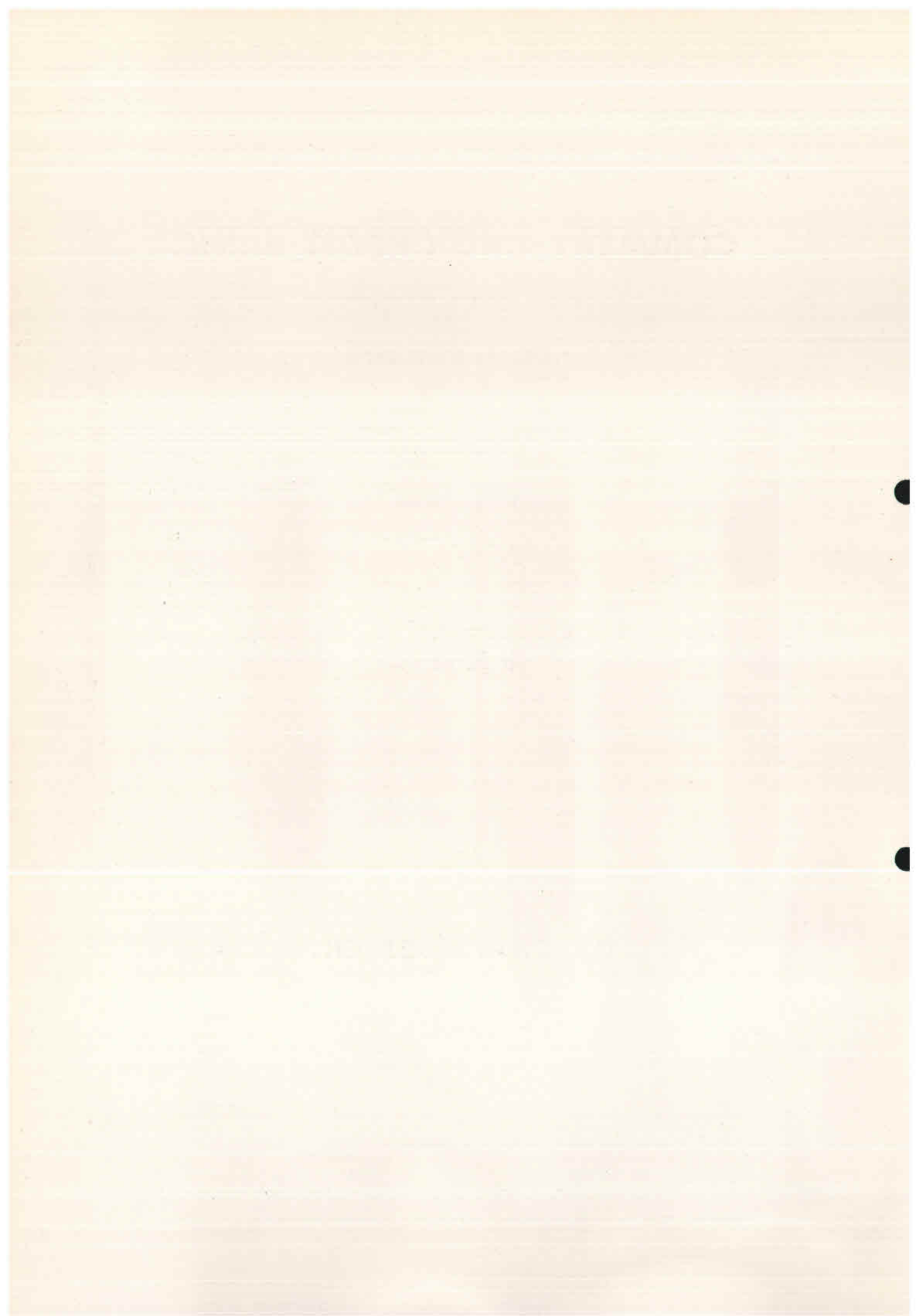
COMMERZBANK

GEGR. 1870



GESCHÄFTSBERICHT

1952



Am 4. Juli 1952 verstarb

Herr

Dr. jur. Paul Marx

im 65. Lebensjahr.

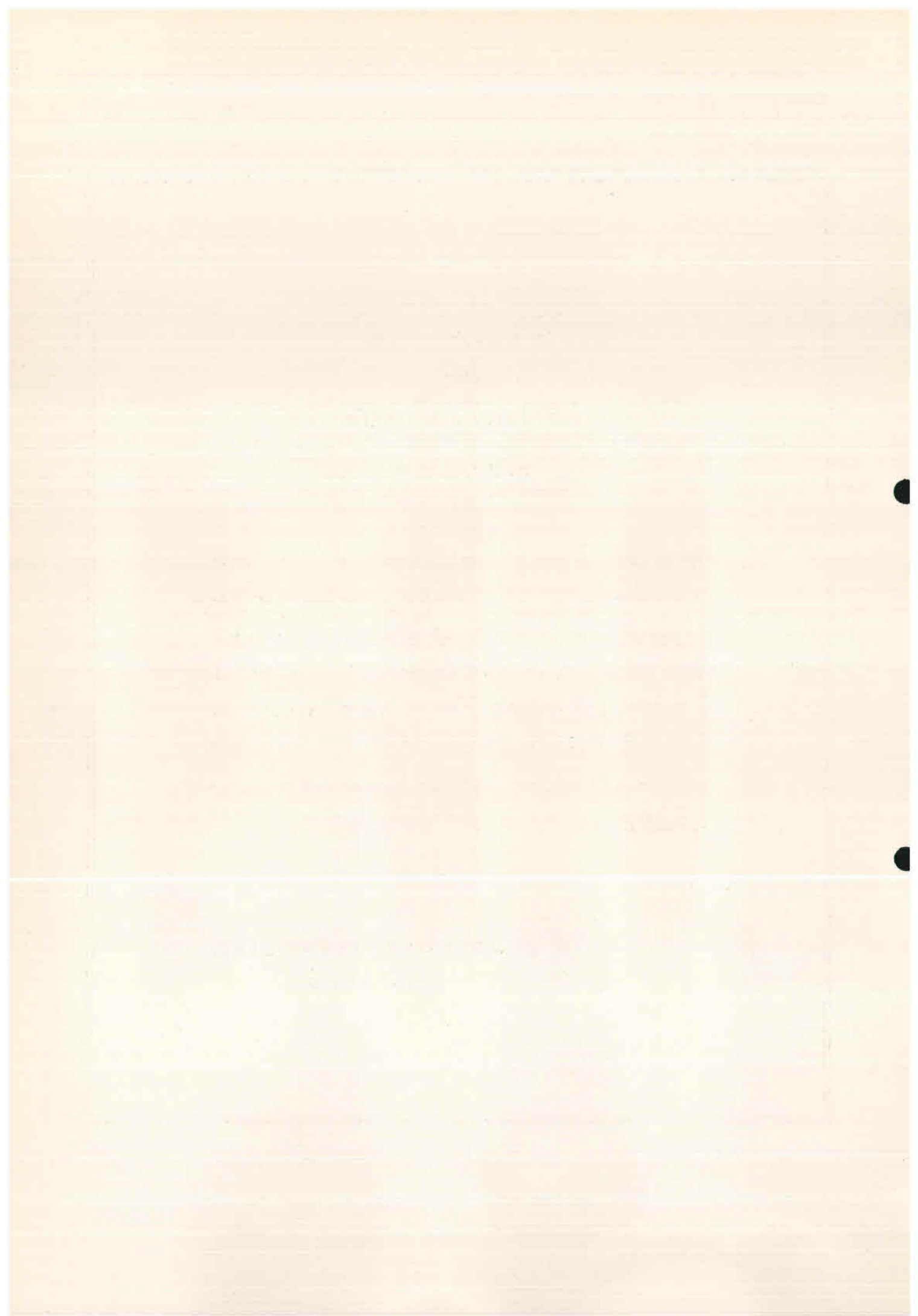
Der Verewigte gehörte seit dem Jahre 1932 dem Vorstand der Commerzbank an. Vor nahezu zehn Jahren übernahm er den Vorsitz im Aufsichtsrat. Über drei Jahrzehnte hat der Entschlafene sein großes Wissen und den reichen Schatz seiner Erfahrungen der Bank gewidmet und ihr namentlich in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren wertvolle Dienste geleistet.

Sein Wirken ist mit der Geschichte der Commerzbank untrennbar verbunden.

COMMERZ-UND CREDIT-BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Aufsichtsrat und Vorstand



AUFSICHTSRAT

- Professor Dr. jur. Philipp Möhring
Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Vorsitzer
- Dr.-Ing. e. h. Franz Grabowski
Ehrensensator der Justus-Liebig-Hochschule Gießen
sowie der Technischen Hochschule Darmstadt,
Vorsitzer des Vorstandes der Buderus'schen Eisenwerke, Wetzlar
1. stellv. Vorsitzter
- Dr. phil. Michael Erlenbach
Mitglied des Vorstandes der Farbwerke Hoechst AG.
vormals Meister Lucius & Brüning, Frankfurt a. M.
2. stellv. Vorsitzter
- Dr. jur. Ulrich Doertenbach
Vortragender Legationsrat a. D.,
Teilhaber der Firma Wilhelm Bengel Söhne,
Ribana-Werke, Wirkwarenfabrik, und
Geschäftsführer der Bengel GmbH., Strumpffabrik, Stuttgart
- Dr. rer. nat. h. c. Dr. med. h. c. Henri Dumur
Geschäftsführer der Ernst Leitz GmbH., Optische Werke, Wetzlar
- Carl Kaelble
Ehrensensator der Technischen Hochschule Stuttgart
Seniorchef der Firmen
Carl Kaelble GmbH., Maschinenfabrik, Badnang, und
Gmeinder & Co. GmbH., Lokomotivfabrik, Mosbach/B.
- Ernst Liegel-Seitz
Geschäftsführender Gesellschafter der Seitz-Werke, Bad Kreuznach
- Dr. oec. h. c. Heinrich Thielen
Mitglied des Vorstandes der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG., Nürnberg
- Vom Betriebsrat delegiert:
- Franz Denzer
Hauptgeschäftsstelle Frankfurt a. M.
- Herrmann Ernst Guter
Niederlassung Stuttgart

VORSTAND

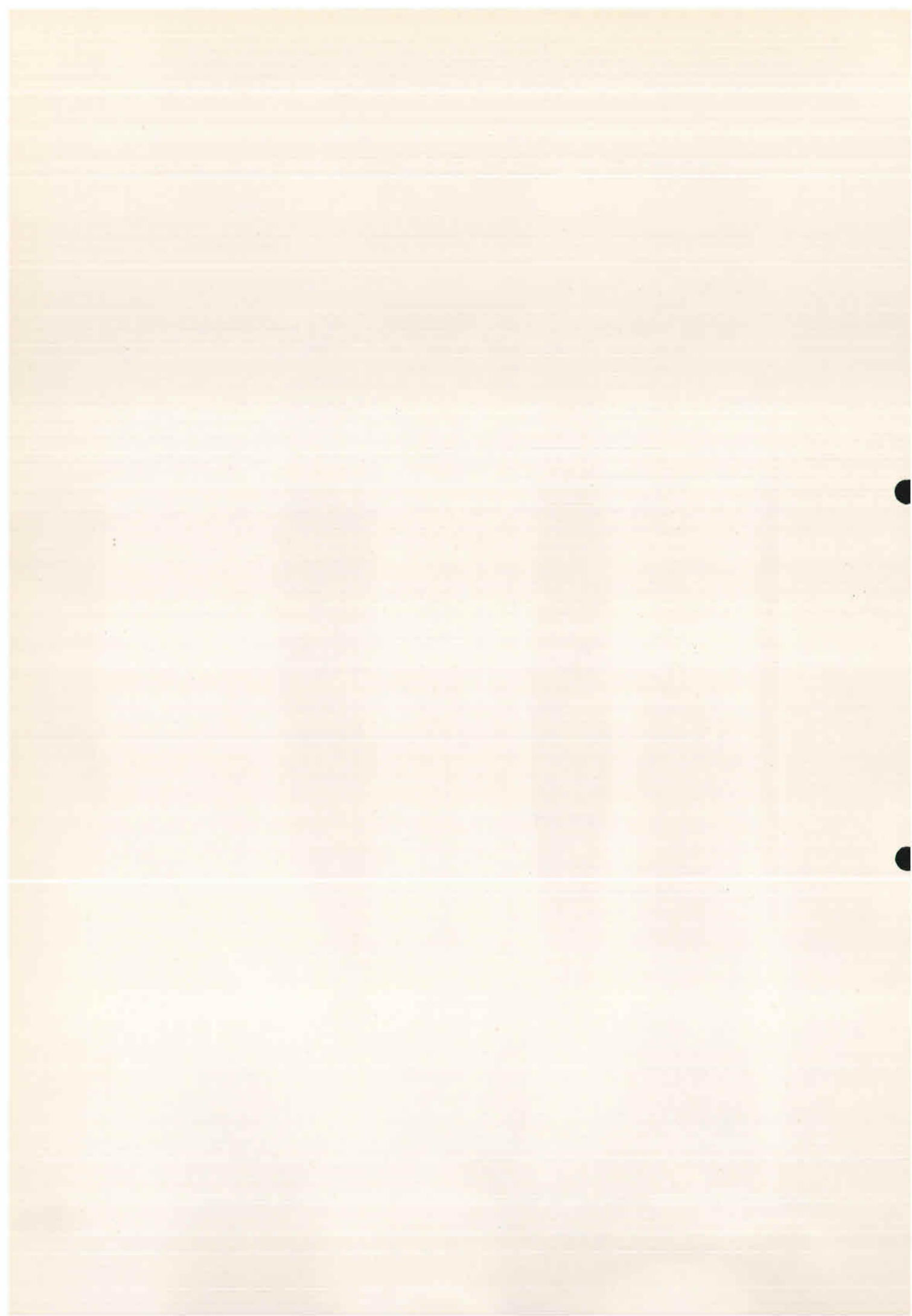
Wilhelm Nuber

Ernst Rieche

Eugen Weidmann

stellv. Eduard Mittellmann

(seit 1. Januar 1953)

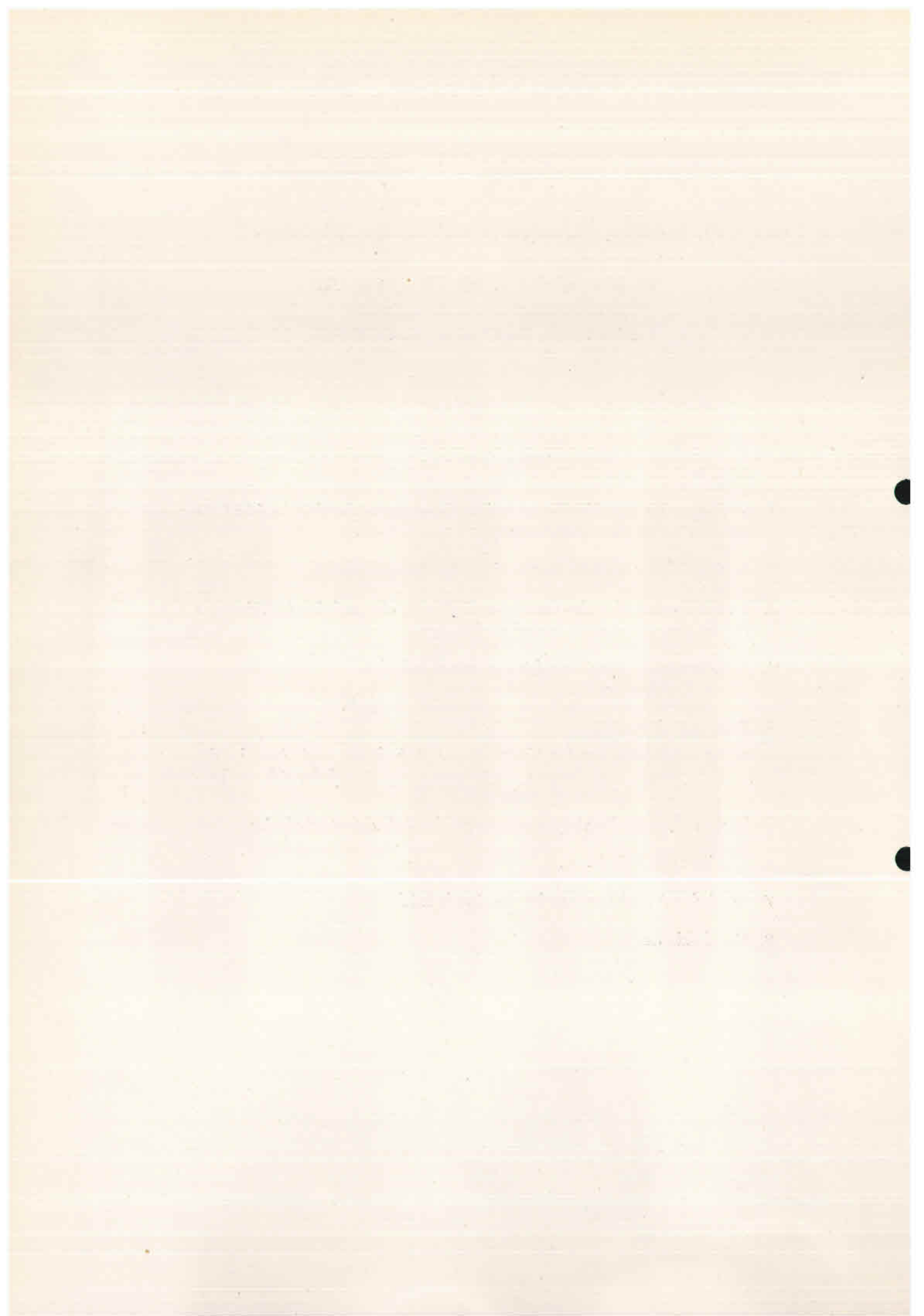


Ordentliche Hauptversammlung der Aktionäre

am Samstag, dem 6. Juni 1953, 11.30 Uhr
im Sitzungssaal unseres Bankgebäudes
Frankfurt a. M., Neue Mainzer Straße 32—36

Tagesordnung

1. Vorlegung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes für das Jahr 1952 mit dem Bericht des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für die Zeit bis zum 31. Dezember 1952.
4. Festsetzung der Vergütung für den ersten Aufsichtsrat für die Zeit bis zum 31. Dezember 1952.
5. Satzungsänderungen:
 - a) § 4: Ermächtigung für Vorstand und Aufsichtsrat, nach Ausgabe der Aktien diese Satzungsbestimmung entsprechend der sich ergebenden Stückelung zu ändern.
 - b) § 9: Fortfall des vierjährigen Turnus für Aufsichtsratsmitglieder.
6. Wahlen zum Aufsichtsrat.
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1953.
8. Verschiedenes.



BERICHT DES VORSTANDES

Die ehemaligen deutschen Großbanken wurden durch die Dezentralisierungsmaßnahmen der Besatzungsmächte in ihrem rechtlichen und wirtschaftlichen Bestand schwer getroffen und in ihrer Geschäftstätigkeit stark beeinträchtigt. Im Gebiete der amerikanischen Besatzungsmacht war für diese Umgestaltung grundlegend das Gesetz Nr. 57 vom 6. Mai 1947, das auch in seiner Neufassung vom 15. April 1949 — im Bereich der französischen Besatzungszone als MRVO Nr. 208 — den Geschäftsbereich der Kreditbanken auf die einzelnen Länder begrenzte und damit die ehemaligen Großbanken in wirtschaftlich, nicht aber rechtlich selbständige Filialgruppen mit staatlich bestellten Verwaltern aufspaltete.

In dieser Entwicklung bedeutete das durch die Bundesregierung am 29. März 1952 verkündete „Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten“ eine erste grundsätzliche Wandlung. Durch dieses sogenannte Großbankengesetz war es nunmehr Geldinstituten in der Form von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien gestattet, ihren Niederlassungsbereich innerhalb von drei vergrößerten Bankenbezirken des Bundesgebietes, nämlich

dem Südbezirk, umfassend die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz,
dem Westbezirk, umfassend das Land Nordrhein-Westfalen,
dem Nordbezirk, umfassend die Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein,
auszudehnen.

In Ausführung dieses Gesetzes hat die außerordentliche Hauptversammlung der Commerzbank Aktiengesellschaft am 25. September 1952 in Hamburg beschlossen, ihre im Bundesgebiet befindlichen Niederlassungen zu folgenden Nachfolgeinstituten zusammenzufassen und auszugründen:

1. die Commerz- und Credit-Bank Aktiengesellschaft
mit dem Sitz in Frankfurt a. M. und 23 Geschäftsstellen,
für den Südbezirk
2. die Bankverein Westdeutschland Aktiengesellschaft
mit dem Sitz in Düsseldorf und 56 Geschäftsstellen,
für den Westbezirk
3. die Commerz- und Disconto-Bank Aktiengesellschaft
mit dem Sitz in Hamburg und 32 Geschäftsstellen,
für den Nordbezirk.

Damit sind wieder rechtlich selbständige Kreditinstitute entstanden, die auf breiterer Grundlage und gestützt auf die bewährte, mehr als achtzigjährige Tradition der Commerzbank die Geschäfte der bisherigen neun Filialgruppen fortführen.

In der Commerz- und Credit-Bank Aktiengesellschaft sind folgende vordem länderweise aufgeteilte Nachfolgeinstitute zusammengefaßt worden:

- die Mitteldeutsche Creditbank — Niederlassungsbereich Hessen —
- der Bankverein für Württemberg-Baden — Niederlassungsbereich Baden-Württemberg —
- die Bayerische Disconto-Bank — Niederlassungsbereich Bayern —
- die Mittelrheinische Bank — Niederlassungsbereich Rheinland-Pfalz —

Die Koordinierung der Geschäftspolitik dieser vier Institute war eine wichtige Aufgabe; sie konnte im großen und ganzen abgeschlossen werden.

Die beträchtliche Zunahme der Wirtschaftstätigkeit, die nach der Währungsreform durch die starke Beschleunigung des Wiederaufbaues ausgelöst und in den Jahren 1950 und 1951 durch die Auswirkungen des Koreakonfliktes noch gesteigert wurde, hat sich im Jahre 1952 fortgesetzt, wenn auch das Tempo des Wachstums wesentlich langsamer geworden ist. Hervorgerufen durch die Rückbildung der Weltmarktpreise zeigten sich während der ersten Jahreshälfte in manchen Bereichen, vornehmlich in der Textilwirtschaft, zeitweilig sogar erhebliche Absatzschwierigkeiten, die erst im weiteren Verlauf des Jahres nach Räumung der überhöhten Lagerbestände überwunden werden konnten. Hierbei hat der anhaltend hohe Beschäftigungsgrad in der Gesamtwirtschaft weiterhin der Nachfrage nach Verbrauchsgütern einen Rückhalt geboten.

Der Bedarf an Investitionsgütern, der in den Vorjahren mit großer Dringlichkeit aufgetreten war und der gesamten Wirtschaft einen starken Antrieb gegeben hatte, konnte weitgehend gedeckt werden. In der Versorgung mit den unentbehrlichen Grundstoffen, vor allem mit Kohle, Stahl und Energie, wurden die früheren Engpässe mehr und mehr überwunden. Insgesamt stand die wirtschaftliche Entwicklung unverkennbar im Zeichen eines Normalisierungsprozesses, der nicht zuletzt auch durch das sich festigende politische Ansehen der Bundesrepublik gefördert wurde.

Unter diesen Umständen war es seit dem Frühjahr 1952 dem Zentralbanksystem möglich, die Politik der Kreditverknappung allmählich aufzulockern. Nachdem noch zu Anfang März die Kreditrichtlinien vor allem hinsichtlich der Akzeptkredite weiter verschärft worden waren, wurde der Bankdiskont, der seit Oktober 1950 unverändert 6% betragen hatte, am 29. Mai 1952 auf 5% und am 21. August auf 4½% herabgesetzt; eine weitere Senkung auf 4% folgte zu Beginn des Jahres 1953.

Der Kreditbedarf hielt unvermindert an, jedoch entfällt zwangsläufig ein noch zu großer Teil auf die Finanzierung von Investitionen, die nach den Grundsätzen gesunder Bankpolitik nicht aus den kurzfristigen Einlagen der Geschäftsbanken erfolgen darf. Für die Grundstoffindustrien brachte nach dem allmählichen Versiegen der Mittel des Marshallplans die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft eine gewisse Erleichterung.

Die zum Ausbau und zur notwendigen Rationalisierung des Wirtschaftsapparates erforderlichen Investitionsmittel werden erst dann in ausreichendem Umfange zur Verfügung stehen, wenn wieder

ein leistungsfähiger Kapitalmarkt entstanden sein wird. Die Kapitalbildung als solche ist zwar schon ansehnlich, wie auch das stetige Anwachsen der Spareinlagen zeigt; unergiebig geblieben ist jedoch bisher die Quelle, die früher einen ausschlaggebenden Beitrag zur langfristigen Finanzierung geleistet hat, nämlich der Wertpapiermarkt. Während des ganzen abgelaufenen Jahres schwebten lebhaft erörterungen über die Möglichkeiten, vor allem den Markt der festverzinslichen Werte aus der Erstarrung zu lösen, die sich aus der bisherigen Politik, den Kapitalzins künstlich niedrig zu halten, ergeben hat. Das im Dezember verkündete Erste Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes, das durch Steuerbefreiung oder Steuerbegünstigung des Zinsertrages dem Besitzer festverzinslicher Werte eine höhere Realverzinsung zu verschaffen sucht, hat für die kapitalbedürftige Wirtschaft eine Erleichterung bisher nicht gebracht, zumal die öffentliche Hand eine stetige Abschöpfung vornahm.

Völlig zu vermissen waren bislang wirksame Förderungsmaßnahmen für die Aktie. Solange das gegenwärtige Besteuerungssystem fortbesteht, ist die Aktie das teuerste Finanzierungsinstrument.

Die kräftige Erhöhung der Aktienkurse, die sich im Jahre 1951 aus der fortschreitenden Veröffentlichung günstiger Kapitalumstellungen ergeben hatte, wurde bald nach Beginn des Jahres 1952 von einer rückläufigen Tendenz abgelöst, die, nur zeitweilig durch kurze Erholungen unterbrochen, bis zum Jahresende fort dauerte. Diese Entwicklung hat zu Kursen geführt, die vielfach nicht mehr dem inneren Wert der Aktien entsprechen.

Der Außenhandel der Bundesrepublik erfuhr im abgelaufenen Jahr eine weitere Ausdehnung. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Einfuhr von 14,7 auf 16,2 Milliarden DM und die Ausfuhr von 14,6 auf 16,9 Milliarden DM. Erstmals nach Beendigung des zweiten Weltkrieges schloß die Jahresbilanz des Außenhandels mit einem Aktivsaldo ab. Trotz der zunehmenden Erschwernisse, denen die deutsche Ausfuhr begegnet, konnten damit nicht nur die aufgelaufenen Außenhandelschulden abgetragen, sondern auch bei der Bank deutscher Länder Gold- und Devisenbestände angesammelt werden.

Auch die Eingliederung Westdeutschlands in die internationalen Organisationen machte weitere Fortschritte. Nachdem die Bundesrepublik der Europäischen Zahlungsunion bereits bei ihrer Gründung beigetreten war, wurde sie im abgelaufenen Jahr Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Nach langen Verhandlungen wurde die Londoner Schuldenkonferenz abgeschlossen und im neuen Jahr das Abkommen über deutsche Auslandsschulden unterzeichnet. Der deutschen Devisenbilanz werden daraus während der ersten fünf Jahre Transferverpflichtungen in Höhe von jährlich rund 550 Millionen DM und alsdann von 735 Millionen DM jährlich erwachsen.

Angesichts dieser Belastung, die sich aus den bisher nicht geregelten Auslandsverpflichtungen noch erhöhen wird, ist jede nur mögliche Förderung unserer Exportindustrie ein unbedingtes Erfordernis, um so mehr als die letzten Monate eine starke Tendenz zur Einengung unserer Absatzmöglichkeiten an den internationalen Exportmärkten mit sich brachten. Die stärkere Kapitalkraft anderer Volkswirtschaften und die Bereitwilligkeit mancher ausländischer Regierungen, den Export großzügig zu unterstützen, haben bei den Wettbewerbsländern zu einer Gewährung von langfristigen Krediten geführt, für die auf deutscher Seite die entsprechenden Voraussetzungen noch nicht geschaffen worden sind. Die deutschen Geschäftsbanken haben zwar die Ausfuhr-Kredit AG. ins Leben gerufen, die sich auch erfolgreich in die mittel- und längerfristige Finanzierung des Kapitalgüterexports einschalten konnte. Die höchstzulässige Kreditdauer von 48 Monaten ist jedoch in vielen Fällen nicht mehr ausreichend, um dem ausländischen Wettbewerb erfolgreich zu begegnen.

Aus der geschilderten Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ergab sich für unsere Bank während des ganzen abgelaufenen Jahres ein recht lebhafter Geschäftsgang. Der Zusammenschluß zu einem Institut schuf die Voraussetzungen für eine planmäßige Ausweitung des Geschäftsvolumens.

Die **Bilanzsumme** unseres Institutes hat sich zum Jahresende 1952 gegenüber der Gründungsbilanz per 1. Januar 1952 um 55,5 Millionen DM oder 19,1% auf 345,6 Millionen DM erhöht.

Diese Steigerung war besonders durch die Erhöhung der **Einlagen** bestimmt. Entsprechend der Geldmarktsituation sind die Termineinlagen besonders gestiegen; auch die Spareinlagen zeigten eine erfreuliche Zunahme.

Im **Kreditgeschäft** sind wir in der Lage gewesen, den berechtigten Wünschen unserer Kundschaft zu entsprechen. Die Kredite verteilen sich in gesunder Streuung auf alle Zweige der Wirtschaft. Die Pflege des Wechseldiskontgeschäftes ließen wir uns besonders angelegen sein.

Die **Dienstleistungsgeschäfte** nahmen im Berichtsjahr beachtlich zu.

Wir betrachteten es als wichtige Aufgabe, unserer Kundschaft bei der Abwicklung ihrer **Auslandsgeschäfte** beratend und vermittelnd zur Verfügung zu stehen. So ist es uns möglich gewesen, unseren Anteil am Außenhandelsgeschäft und damit auch die daraus fließenden Erträge durchweg zu steigern.

Dagegen zeigte das **Wertpapiergeschäft** nach lebhaften Umsätzen am Jahresbeginn angesichts des Kursverfalls an der Börse eine rückläufige Tendenz. Erst zum Jahresende belebte sich das Geschäft am Rentenmarkt, wo insbesondere steuerbegünstigte Papiere begehrt waren.

Im Berichtsjahr waren wir an der Ausgabe von Wandelanleihen verschiedener Industrieunternehmen beteiligt; außerdem gehörten wir dem Übernahmekonsortium für die mit 5% verzinsliche erste Bundesanleihe an.

Die **Wertpapierbereinigung** für Aktien wurde weitergeführt und war bis zum Jahresende bei der Mehrzahl der Gesellschaften beendet.

Zu den wichtigsten Positionen der **Bilanz** und der **Gewinn- und Verlust-Rechnung** geben wir im einzelnen folgende **Erläuterungen**:

Aktiva

Unsere **flüssigen Mittel** in Kassenbestand, Landeszentralbank- und Postscheckguthaben in Höhe von 27,8 Millionen DM machten 9,1% der Gesamtverbindlichkeiten aus. Einschließlich der Bestände an fälligen Zins- und Dividendenscheinen, Schecks, zentralbankfähigen Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie der Nostroguthaben erreichte die liquide Deckung unserer Verbindlichkeiten 44,7%.

Unser **Wechselbestand** hat von 61,9 Millionen DM per 1. Januar 1952 auf 91,1 Millionen DM per Ende 1952 zugenommen.

Die Bestände an **Wertpapieren** sind nur geringfügig verändert.

Die Erhöhung der **Ausgleichsforderungen** gegen die öffentliche Hand von 29,1 auf 29,8 Millionen DM ist im wesentlichen auf nachträgliche Umstellungen von Altgeldguthaben zurückzuführen.

Die **Konsortialbeteiligungen** verminderten sich, hauptsächlich durch Verkauf einer Beteiligung, um rund 1,0 Millionen DM.

Bei der Bewertung der **Debitoren** sind alle erkennbaren Risiken durch Wertberichtigung berücksichtigt worden. Um diese Beträge werden die Debitoren gekürzt ausgewiesen.

Die mit 12,9 Millionen DM ausgewiesenen **langfristigen Ausleihungen** wurden mit 8,3 Millionen DM aus aufgenommenen langfristigen Darlehen refinanziert. Diese Kredite dienen ausschließlich dem Wiederaufbau der Wirtschaft.

Die Zunahme der **Beteiligungen** um rund 600 000 DM im Jahre 1952 ist hauptsächlich auf die Übernahme unseres Anteils an der Kapitalerhöhung der Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, an der wir mit 25% beteiligt sind, sowie durch die 50%ige Einzahlung unseres Anteils an der Ausführungskredit-Aktiengesellschaft zurückzuführen.

In den Beteiligungen sind außerdem unsere Kommanditanteile an den Bankgeschäften K. Feuchter & Co. K.G., Karlsruhe, und C. Portmann K.G., Frankfurt a. M., enthalten.

Die Positionen **Bankgebäude und sonstige Immobilien** erfuhren unter Berücksichtigung der Abschreibungen eine Erhöhung um rund 900 000 DM, die sich im wesentlichen aus dem Erwerb eines Grundstücks in Frankfurt a. M. sowie aus Um- und Neubauten unserer eigenen Bankgebäude an verschiedenen Filialplätzen ergab.

Passiva

Die **Gesamteinlagen** haben von 222,5 Millionen DM am Jahresanfang auf 296,7 Millionen DM am Jahresende zugenommen.

Die **Nostroverpflichtungen** gingen im Berichtsjahr von 22,9 Millionen auf 8,4 Millionen DM zurück. Darin sind noch 3,6 Millionen DM unter die Stillhaltung fallende Auslandsgelder enthalten.

Die **eigenen Akzepte** in Höhe von 15,0 Millionen DM — gegen 26,6 Millionen DM Anfang 1952 — befanden sich am Bilanzstichtag sämtlich im eigenen Besitz.

Auf Grund der dafür erlassenen gesetzlichen Bestimmungen haben wir aus der Auflösung eines Teiles unserer Sammelwertberichtigung steuerfrei den Betrag von 3,0 Millionen DM einer neugebildeten **freien Rücklage** und 0,4 Millionen DM der **gesetzlichen Rücklage** zugeführt. Außerdem haben wir zur Erhöhung der gesetzlichen Rücklage auf 1,5 Millionen DM dem Gewinn 100 000 DM entnommen.

In den **Rückstellungen** mit 12,3 Millionen DM sind neben dem Pensionsdeckungskapital Beträge für Steuern usw. enthalten. Die Pensionsrückstellungen wurden nach den Bestimmungen der 38. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz errechnet und in den Jahren 1949 bis 1952 laufend aufgestockt.

Die **sonstigen Passiva** enthalten u. a. 1,5 Millionen DM alte Währungsverbindlichkeiten.

Die **Eventualverbindlichkeiten** aus **Bürgschaftsverpflichtungen** für Rechnung unserer Kunden haben sich um 8,5 Millionen DM erhöht, die **Indossamentsverbindlichkeiten** aus weitergegebenen Wechseln um 7,9 Millionen DM vermindert.

Zum Jahresende 1952 beliefen sich die **Einzahlungsverpflichtungen** unseres Instituts aus Kapitalbeteiligungen auf insgesamt 355 500,— DM.

Die **Ertragslage** unseres Institutes war im Berichtsjahr durchaus zufriedenstellend. Im Aktiv- und Passivgeschäft wirkten sich allerdings die Diskontsenkungen vom Mai und August vorigen Jahres in einer fühlbaren Verminderung der Zinsspanne aus, da ihnen eine generelle Herabsetzung der Sollzinssätze, nicht aber eine solche der Habenzinssätze folgte.

Die in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesenen Einnahmen aus Zinsen und Diskont, Provisionen und Gebühren sind bereits um den Teil gekürzt, der für Wertberichtigungen Verwendung fand. Außerdem sind alle Erträge aus dem Auslands-, Wertpapier- und sonstigen Dienstleistungsgeschäft mit Aufwendungen für Wertberichtigungen und Abschreibungen verrechnet oder zur Stärkung der inneren Rücklagen verwendet worden.

Die Zahl der Angestellten unseres Instituts hat sich im Laufe des Berichtsjahrs von 980 auf 1107 erhöht. Inzwischen ist sie bis zum 1. Mai 1953 weiter auf 1278 angestiegen.

Es ist uns an dieser Stelle ein aufrichtiges Bedürfnis, allen unseren Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihre treuen Dienste auszusprechen. Die Umorganisation und das Zusammenwachsen zum neuen Institut stellten an alle Betriebsangehörigen erhöhte Anforderungen, denen mit unermüdlicher Einsatzbereitschaft und freudigem Interesse an den gemeinsamen Aufgaben jederzeit entsprochen wurde. Unser Dank gilt auch den Betriebsräten für ihre vorbildliche Mitarbeit.

Die **Personalaufwendungen** sind mit der Geschäftsausweitung angewachsen und betragen im Jahre 1952 insgesamt 6,544 Millionen DM. Darin sind Beiträge zur Sozialversicherung in Höhe von 545 000,— DM enthalten. Unsere freiwilligen Ausgaben für soziale Zwecke und Wohlfahrtseinrichtungen erreichten zusammen mit den Aufwendungen für Pensionen den Betrag von 1,170 Millionen DM.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich für die Zeit von seiner Ernennung am 25. September 1952 bis zum Jahresende auf 64 000,— DM. Die Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden auf Grund der Satzung mit insgesamt 38 000,— DM ermittelt; sie unterliegen gemäß § 98 Abs. 2 des Aktiengesetzes der Bewilligung durch die Hauptversammlung.

Wir schlagen vor, den in der Bilanz ausgewiesenen Reingewinn von DM 620 921,02 wie folgt zu verwenden:

6% Dividende für das Geschäftsjahr 1952 auf DM 10 Millionen Grundkapital	DM 600 000,—
Vortrag auf neue Rechnung	DM 20 921,02
	<u>DM 620 921,02</u>

Im neuen Geschäftsjahr hält die erfreuliche Aufwärtsentwicklung unserer Bank an. Die Steigerung der Einlagen hat sich verstärkt fortgesetzt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1953 wurde Direktor Eduard Mittelmann als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand berufen.

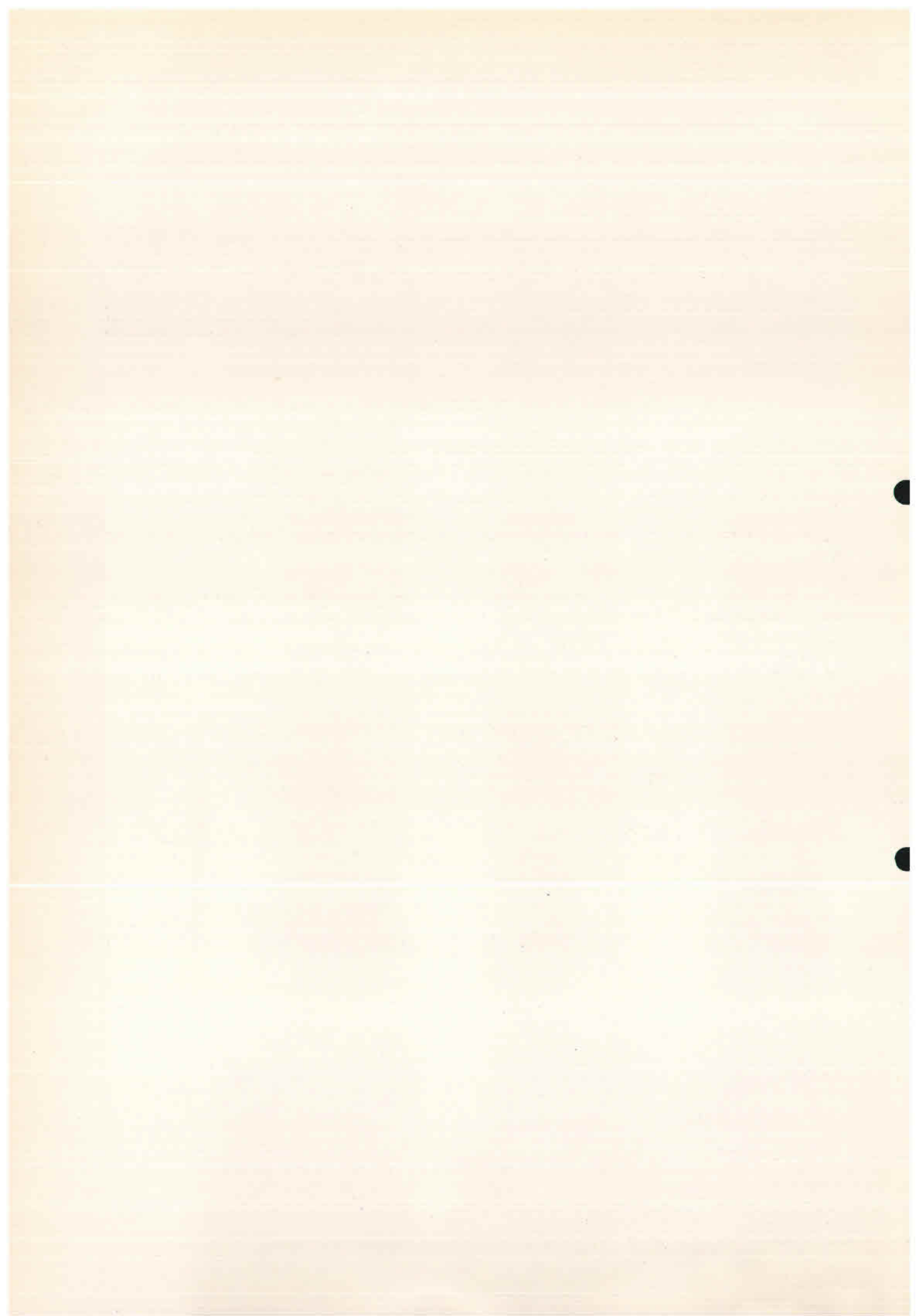
Um die Betreuung der in allen Teilen der süddeutschen Länder ansässigen Kundschaft zu verbessern, haben wir Maßnahmen mit dem Ziele eingeleitet, die Zahl unserer Geschäftsstellen zu vergrößern.

Mit Wirkung vom 2. Januar 1953 haben wir unsere Karlsruher Kommandite, das Bankgeschäft K. Feuchter & Co. K.G., mit allen in der Bilanz per 31. Dezember 1952 ausgewiesenen Aktiven und Passiven übernommen und führen es als eigene Filiale weiter.

Frankfurt a. M., im Mai 1953

DER VORSTAND

Nuber Rieche Weidmann Mittelmann



BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Jahresabschluß und der Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1952 sind von der zum Abschlußprüfer gewählten Deutschen Revisions- und Treuhand-AG., Frankfurt am Main, geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern sowie mit den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend gefunden worden. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt.

Der Aufsichtsrat hat von dem Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG. zustimmend Kenntnis genommen. Er stimmt auch dem Bericht des Vorstandes in allen Teilen zu.

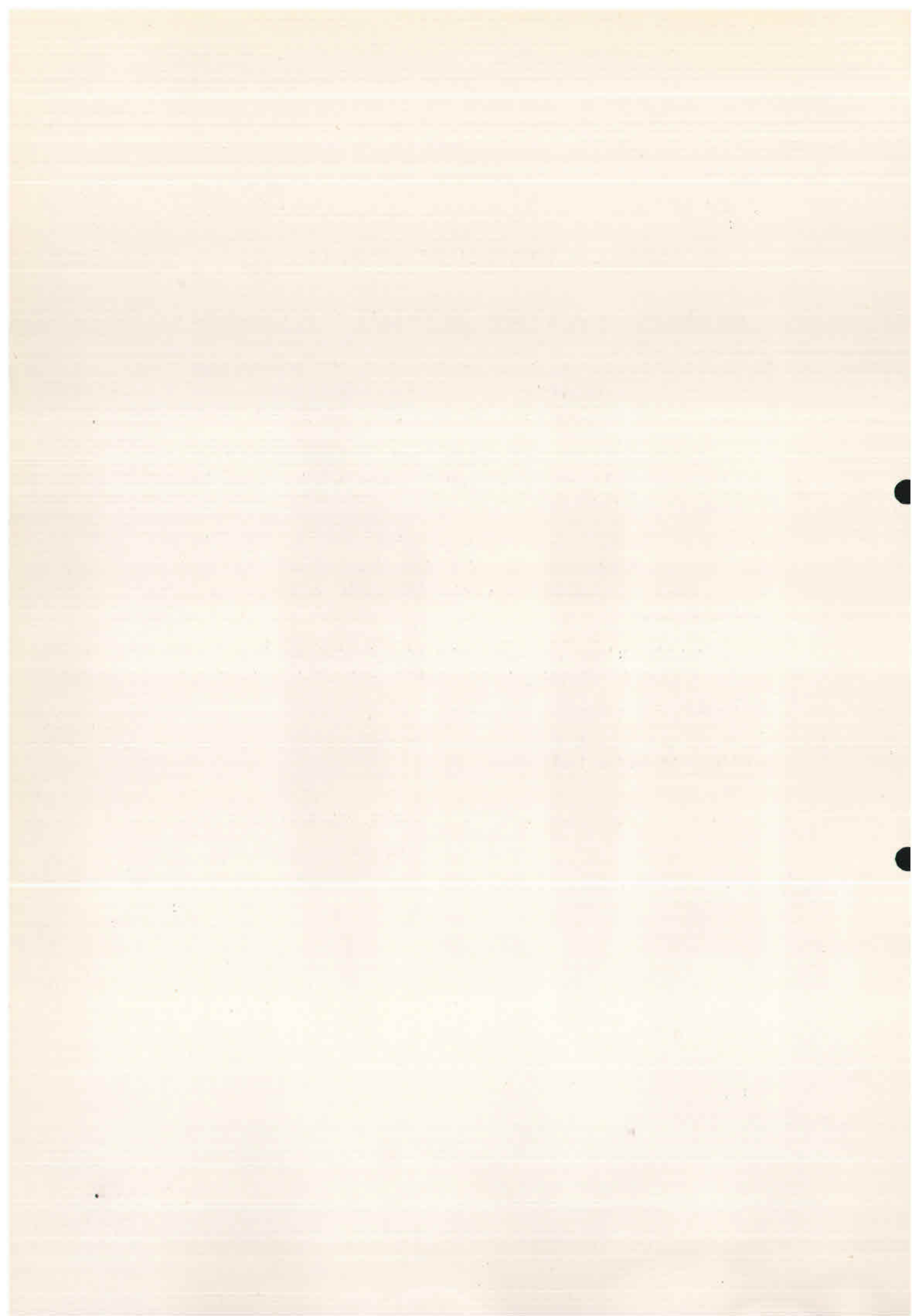
Durch den von ihm eingesetzten Arbeitsausschuß hat der Aufsichtsrat die ihm obliegenden Aufgaben einer laufenden Überwachung der wichtigsten Geschäftsvorfälle wahrgenommen. Die Geschäftslage wurde mit dem Vorstand regelmäßig erörtert.

Der Aufsichtsrat billigt den vorliegenden Jahresabschluß, der damit festgestellt ist, sowie den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Reingewinnes.

Frankfurt a. M., im Mai 1953

DER AUFSICHTSRAT

Dr. Philipp Möhring
Vorsitzer



BILANZ
UND
GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

AKTIVA

Jahresbilanz

	DM	DM
Kassenbestand		1 944 867,19
Landeszentralbankguthaben		24 991 861,23
Postscheckguthaben		853 575,46
Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben)		
a) täglich fällig	20 775 685,56	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	1 000 000,—	
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	—,—	21 775 685,56
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine		21 273,22
Schecks		7 197 509,92
Wechsel		91 111 101,43
darunter:		
a) zentralbankfähige Wechsel	DM 78.853.787,—	
b) eigene Ziehungen	DM —,—	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder		809 925,—
Wertpapiere		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	453 771,60	
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	1 019 673,84	
c) börsengängige Dividendenwerte	7 994 018,82	
d) sonstige Wertpapiere	2 237 508,—	11 704 972,26
darunter: beleihbar bei einer Landeszentralbank ..	DM 99.040,50	
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand		29 801 385,44
Konsortialbeteiligungen		116 874,89
Debitoren		
a) Kreditinstitute	5 427 385,17	
b) sonstige	120 750 577,79	126 177 962,96
Langfristige Ausleihungen		
a) gegen Grundpfandrechte	8 099 652,—	
b) gegen Kommunaldeckung	3 048 680,—	
c) sonstige	1 746 104,56	12 894 436,—
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		2 342 368,44
Beteiligungen		2 100 000,—
darunter: an Kreditinstituten	DM 1.800.000,—	
Grundstücke und Gebäude		
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	8 900 000,—	
b) sonstige	700 000,—	9 600 000,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		1 500 000,—
Sonstige Aktiva		627 727,89
Rechnungsabgrenzungsposten		48 537,49
Summe der Aktiva		345 620 064,94

In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den Passiven sind enthalten:

a) Forderungen an Konzernunternehmen	3 657 278,52
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes, an Geschäftsführer und an andere im § 14, Abs. 1 und 3 KWG. genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Geschäfts- leiter oder ein Mitglied des Verwaltungsträgers des Kreditinstituts Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist	160.487,90

zum 31. Dezember 1952

PASSIVA

	DM	DM	DM
Einlagen			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten	28 879 657,35		
bb) sonstigen Einlegern	112 761 062,38	141 640 719,73	
b) Befristete Einlagen von			
aa) Kreditinstituten	40 401 500,—		
bb) sonstigen Einlegern	94 258 243,41	134 659 743,41	
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM 58 469 000,—			
c) Spareinlagen			
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	11 452 929,04		
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	8 898 539,05	20 351 468,09	
Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			296 651 931,23
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM 1 223 100,—			8 390 262,93
Eigene Akzepte und Solawechsel		14 956 527,81	
abzüglich eigener Bestand		14 956 527,81	—,—
Aufgenommene langfristige Darlehen			
a) gegen Grundpfandrechte		—,—	
b) sonstige		8 303 294,55	8 303 294,55
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			2 342 368,44
Grundkapital			10 000 000,—
Rücklagen nach § 11 KWG			
a) gesetzliche Rücklagen		1 500 000,—	
b) freie Rücklagen		3 000 000,—	4 500 000,—
Rückstellungen			12 335 084,89
Sonstige Passiva			2 181 609,91
Rechnungsabgrenzungsposten			294 591,97
Reingewinn 1952			620 921,02
		Summe der Passiva	345 620 064,94

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften
sowie aus Gewährleistungsverträgen 32 068 218,43
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln 62 513 991,47
in den Passiven sind enthalten:
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen 77 465,—

Gewinn- und
für das

AUFWENDUNGEN

	DM
Personalaufwendungen	6 544 061,83
Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen	1 170 189,68 <i>214</i>
Sonstige Aufwendungen	3 084 632,20
Steuern und ähnliche Abgaben	2 120 503,21
Zuführung zu den gesetzlichen Rücklagen	100 000,—
Reingewinn	620 921,02
<hr/>	
<hr/>	13 640 307,94

DER AUFSICHTSRAT
Dr. Philipp Möhring
Vorsitzer

Verlust-Rechnung

Geschäftsjahr 1952

ERTRÄGE

	DM
Zinsen und Diskont	6 201 119,44
Provisionen und Gebühren	7 439 188,50
	13 640 307,94

DER VORSTAND

Nuber

Rieche

Weidmann

Mittelmann

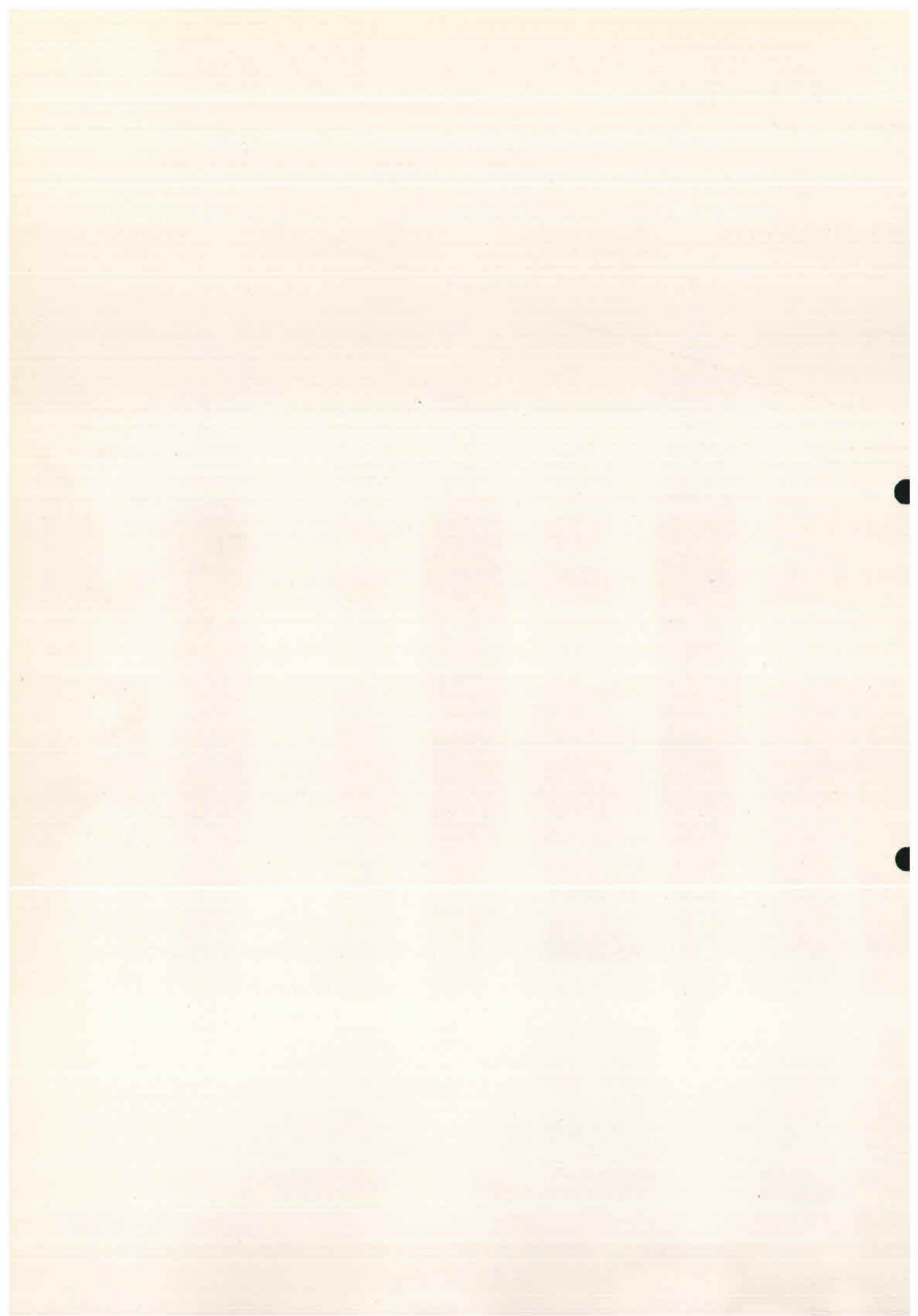
Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Bank sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

Frankfurt a. M., den 6. Mai 1953

DEUTSCHE REVISIONS- UND TREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT

Wissel
Wirtschaftsprüfer

Dr. Birck
Wirtschaftsprüfer



COMMERZ-UND CREDIT-BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

HAUPTVERWALTUNG FRANKFURT A.M.

NEUE MAINZER STRASSE 32-36

MIT DEPOSITENKASSEN:

Frankfurt a. M.-Bockenheim

Adalbertstraße 7

Frankfurt a. M.-Bornheim

Bergerstraße 124b

Abteilung für Privatkundschaft

Neue Mainzer Straße 32-36

NIEDERLASSUNGEN:

MÜNCHEN

NÜRNBERG

STUTTGART

FILIALEN:

Eschwege

Fürth i. Bayern

Gießen

Hanau

Karlsruhe

Kassel

Mainz

Mannheim

Marburg

Offenbach a. M.

Wetzlar

Wiesbaden

Worms

ZWEIGSTELLEN:

Frankfurt a. M.-Höchst

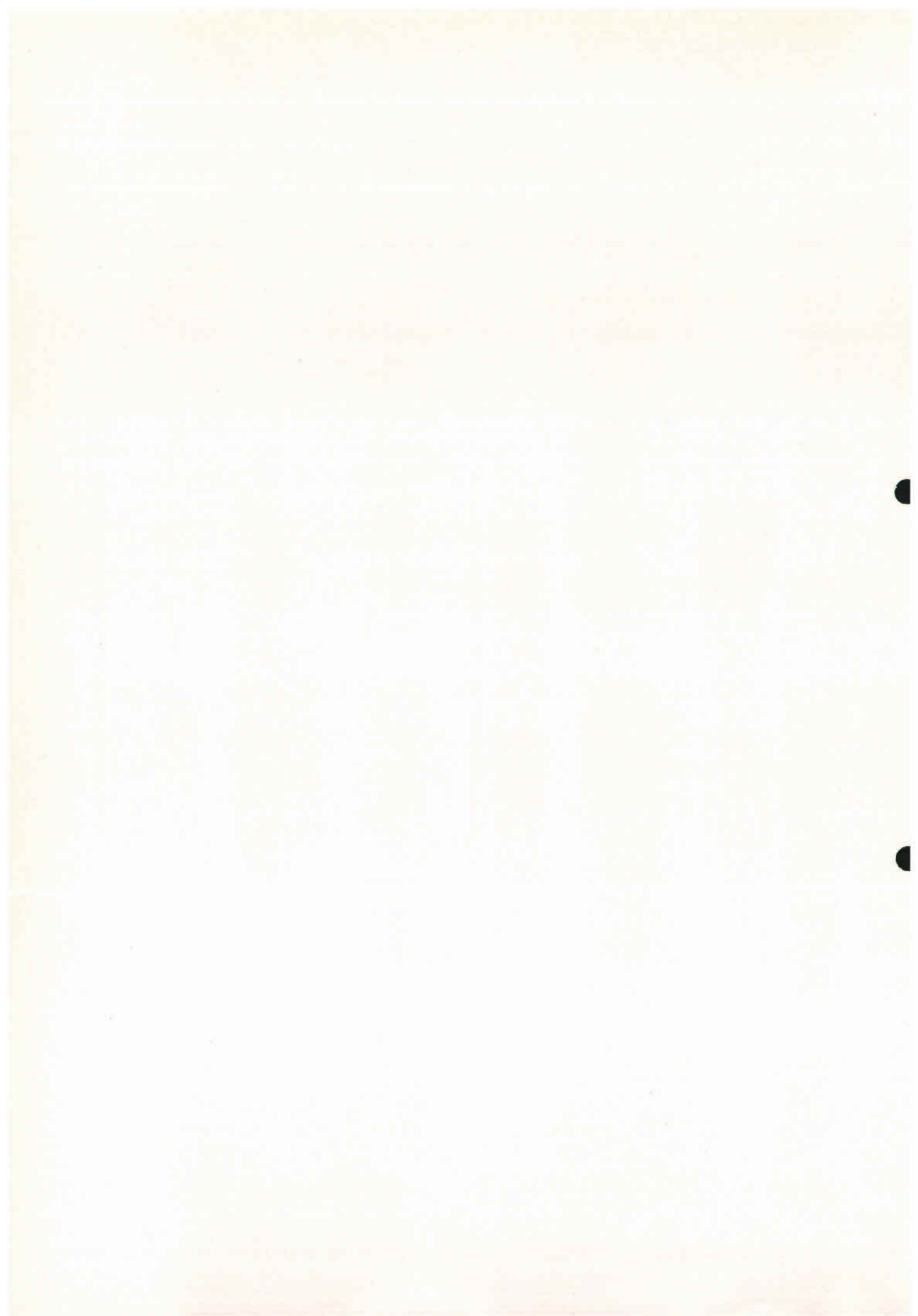
Friedberg (Hessen)

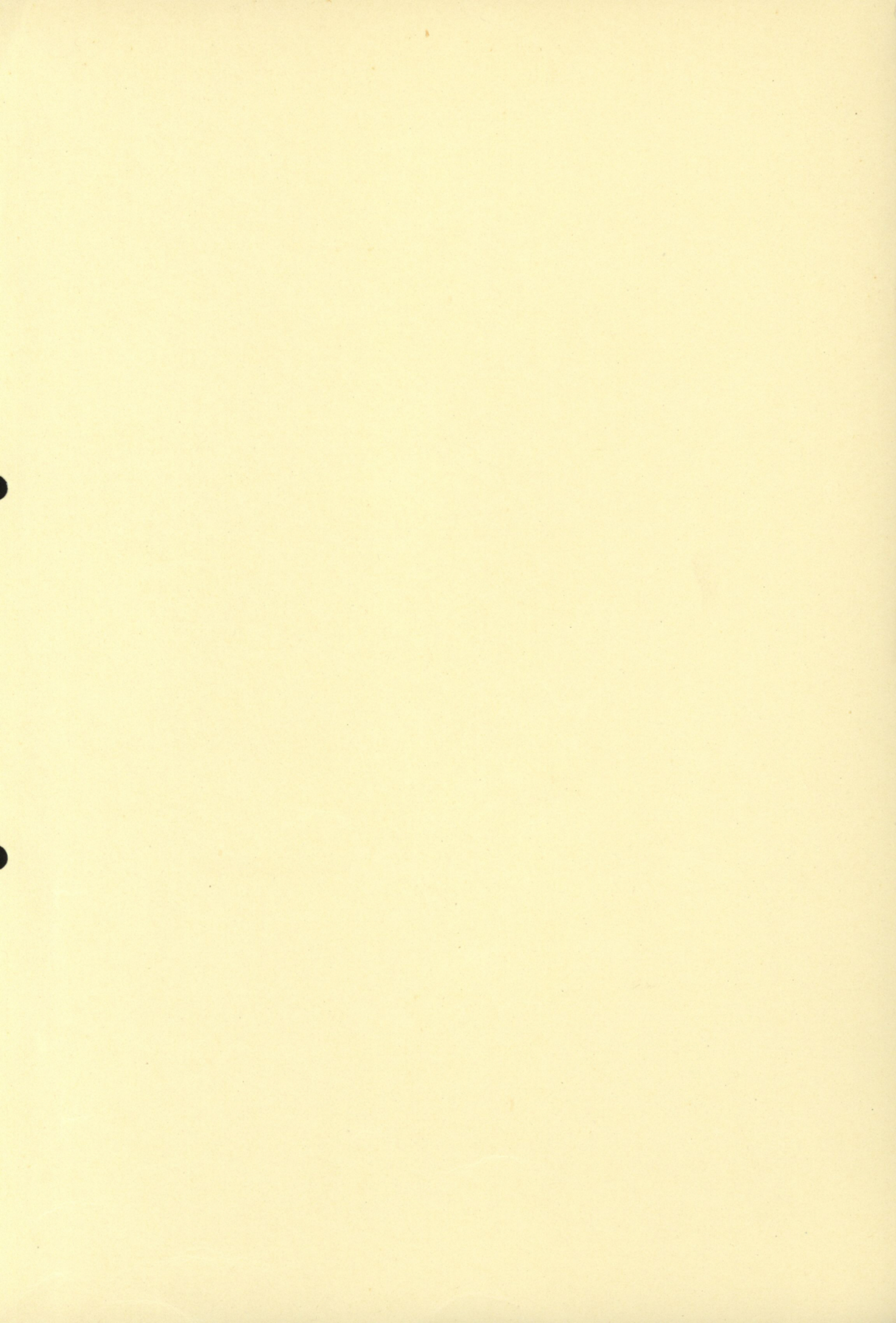
Neu-Isenburg

Wiesbaden-Kastel

A U S S E N H A N D E L S B A N K

KOMMANDITE: C. Portmann KG., Frankfurt a. M.







BANK